

Antrag-Nr. 14/97

öffentlich

Datum: 18.03.2015
Antragsteller: FDP

Ausschuss für Inklusion	23.03.2015	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	24.03.2015	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	22.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	28.04.2015	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2015/2016:
Förderung von inklusiven Wohnprojekten**

Beschlussvorschlag:

In Ergänzung des Antrags 14/54 (SPD, CDU) wird die Verwaltung gebeten, zum Zwecke der Erreichung des Zieles der Förderung von inklusiven Wohnprojekten parallel auch eine Veräußerung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft mbH (RBB) an einen öffentlichen Träger, Wohnungsbaugenossenschaft oder Stiftung zu prüfen. Die Beratungs- und Unterstützungsstelle beim LVR soll davon unabhängig beim LVR eingerichtet werden (analog der bestehenden Beratung bei Baumaßnahmen des Wohnens für Menschen mit Behinderung).

Begründung:

In der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzlage sind die Möglichkeiten zur Veräußerung der RBB so günstig wie selten. Mit einem starken Erwerber als Partner können die inklusiven Ziele vermutlich wirksamer vertraglich geregelt und umgesetzt werden als durch eine sachliche und personelle Aufrüstung der RBB, die mit lediglich sechs Beschäftigten weder personell noch fachlich für die Übernahme von Beratungsleistungen gerüstet, deren Finanzierung aus Kundenaufträgen überdies mehr als fraglich erscheint. Daher sollte parallel zu der Neuaufstellung, die erhebliche finanzielle Beihilfen durch den LVR sowie die Duldung der Kommunalaufsicht voraussetzt, die Veräußerung geprüft werden.

Hans-Otto Runkler